

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

26./27. Februar 2014

GESETZESINITIATIVE

Kommune: Zuhause mit Zukunft



Die Aktuelle Stunde im Landtag hat es gezeigt: Die Kommunen und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken – das gab es so nie in den vergangenen Wahlperioden: Erst unsere rot-rote Koalition hat das in ihrer Regierungszeit angepackt und treibt es, gerade mit der Kraft der LINKEN, weiter voran. Neu ist jetzt der Gesetzentwurf zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit. Das ist Zukunftssicherung für die Brandenburger Kommunen und schafft Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung. Zusammenarbeit auf sichere Beine zu stellen, wird künftig wegen der demografischen Entwicklung zu einem besonders wichtigen Lebensstrang der Kommunen. Es geht um eine weitsichtige Entwicklung.

Auch, was bereits läuft, kann sich sehen lassen. Gleich an Nummer Eins steht das Finanzausgleichsgesetz: Es ist eine große Erleichterung für die Kommunen, nicht

mehr mit dem so genannten „Vorwegabzug“ strapaziert zu werden. Bei dem hatte das Land früher Gelder für sich vorweg entnommen. Dank Rot-Rot wird dies nun bis 2016 stufenweise abgeschafft. Damit sind jetzt jährlich 50 Millionen Euro mehr für die Kommunen im Topf – eine gewichtige Summe. Neu ist auch der Finanzausgleich innerhalb der „kommunalen Familie“. Ganz nach der gerechten Devise: Wer viel hat, kann auch geben – davon profitieren Kommunen, die nicht in der Lage sind, genügend Geld einzunehmen. Weil Gerechtigkeit ein wichtiger Punkt ist, haben wir auch dafür gesorgt: Zehn Millionen Euro in 2014 und 20 Millionen Euro in 2015 werden in einem weiteren Soziallastenausgleich unter den Landkreisen und den kreisfreien Städten verteilt. Das gab es bislang auch nicht.

Besonders erfreulich: Die Erhöhung der eigenen Steuereinnahmen der Kommunen

führt in Brandenburg nicht dazu, dass automatisch die Mittel für den Finanzausgleich reduziert werden. Andere Länder machen so etwas. Aber Brandenburg ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Als Land die Kommunen so deutlich zu unterstützen, das gehört zu den Schwerpunkten der Arbeit dieser Koalition. Auch das Gesetz zur Stärkung wirtschaftlicher Tätigkeit der Kommunen wurde dort sehr gut angenommen. Kommunale Potenziale vor Ort können besser genutzt werden. Denn es ist uns wichtig, die Daseinsvorsorge überall im Land zu gewährleisten – und dies in sicherer kommunaler Hand. Der neoliberale Zug mit seiner Privatisierung kommunaler Unternehmen ist längst abgefahren, der Trend heißt: Rekommunalisierung.

Vieles hat sich getan, was manchmal schon vergessen scheint. Dazu gehören etwa der Erhalt kleiner Grundschulstandorte und die verbesserte Kita-Betreuung. Ab 2014 werden Bus und Bahn sogar mehr Geld bekommen, auch in dünn besiedelten Regionen erhalten wir Bahnstrecken und auch die Stadtentwicklung wird weiterhin finanziell gefördert.

DIE LINKE-Fraktion dankt allen ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger*innen für ihr engagiertes Wirken zum Wohl ihrer Landkreise, Städte und Gemeinden.



Stefan Ludwig
Sprecher für
Kommunalpolitik
und -finanzen

Neues Gesetz für den Öffentlichen Personennahverkehr beschlossen

Die Landesregierung hat ein Gesetz für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgelegt: Dadurch wird sich die finanzielle Ausstattung verbessern - für Bus und Bahn steigen die Mittel von 83 auf 85 Millionen Euro. Darüber sind wir froh. In Zeiten, wo das Land immer weniger Geld bekommt, gibt es trotzdem mehr Mittel für die Kommunen und ihren ÖPNV! Allerdings weisen wir darauf hin, dass in den kommenden Jahren weitere Anpassungen möglich sein sollten. Das ist dann ein Thema für den Doppelhaushalt 2015/16. Wir sind auch abhängig davon, wie sich der Finanzierungsrahmen des Bundes entwickelt - und Brandenburg wird, sicher gemeinsam mit den anderen Bundesländern, alles tun, um vom Bund eine gute Finanzausstattung einzufordern. Das neue ÖPNV-Gesetz schreibt fünf Millionen Euro Investitionen für Straßenbahnen und O-Busse fest. Es hat die Forderung aufgegriffen, ein Ansparen von Investitionssummen für die kommunalen Verkehrsträger zu ermöglichen. So können notwendige Ausgaben in Millionenhöhe



eher realisiert werden als bislang. Seit 2013 ist nämlich auch klar: Die Kommunen müssen für umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Jahr 2022 sorgen. Das ist eine riesige Herausforderung, die noch komplett durchzurechnen ist. Deshalb möchten wir, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen und ÖPNV-Dienstleistern die Kosten abschätzt bzw. sie dabei unterstützt. DIE LINKE setzt sich seit langem für Tariftreue ein. Die Forderung der Gewerkschaft, die vom ÖPNV-Beirat befürworteten, „repräsentativen Tarifverträge“ anzuwenden, muss umgesetzt werden: Bislang gelten oft noch andere, meist

schlechtere Tarife für die Mitarbeiter*innen. Notwendig ist auch, die ÖPNV-Angebote besser zu verknüpfen. Die Landesregierung muss mehr Schwung in diesen Prozess zu bringen! Wir empfehlen, eine integrierte Verkehrsplanung in allen Landkreisen zu erarbeiten. Daran müssen sich die Bürger*innen und die kommunalen Abgeordneten selbstverständlich beteiligen können.



René Kretzschmar
Sprecher für
Infrastruktur- und
Verkehrspolitik, Regional-
planung und Raumordnung

DIE LINKE: Klares Bekenntnis zum Sport in Brandenburg

Der Landtag hat sich erneut zur besonderen Verantwortung für den Sport bekannt: Der Antrag „Brandenburg - Land des Sports“ der LINKEN und der SPD - mitgetragen von der CDU - wurde angenommen. Damit haben sich die Abgeordneten zu einer weiteren stabilen Finanzierung im Sportfördergesetz, zur Weiterentwicklung der Schülermentor*innen-Ausbildung im Sport, zur speziellen Förderung des

Spitzensports und zur Finanzierung von Stellen des Freiwilligen Sozialen Jahres im Sport verpflichtet. Dies würdigt auch den unverzichtbaren Beitrag, den die Brandenburger Sportvereine und -verbände zur sozialen und gesundheitsbewussten Entwicklung der Gesellschaft leisten. DIE LINKE betrachtet den Sport als hohes Kulturgut. Er ist unverzichtbar für die Selbstverwirklichung des Menschen, für

seine Lebensqualität und die der ganzen Gesellschaft. DIE LINKE setzt sich für eine verlässliche und angemessene Finanzierung des organisierten Sports und für eine Stärkung des Ehrenamtes ein.

Dieter Groß
Sprecher für Kultur-
und Sportpolitik



Karin Weber ist neues Mitglied der Linksfraktion



Karin Weber ist neues Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg. Die 60-jährige Pädagogin rückt für Christian Görke nach, der sein Mandat entsprechend dem Parteitagbeschluss der LINKEN über die Trennung von Amt und Mandat abgab, um das Amt des Finanzministers zu übernehmen. Karin Weber gehörte bereits von 2004 bis 2009 der damaligen PDS- und späteren Fraktion DIE LINKE im Landesparlament von Brandenburg an. Ihre Erfahrungen auf dem politischen Parkett sammelte sie auch in der Kommune: Sie war von

1996 bis 1998 sowie von 2000 bis 2004 Kreisvorsitzende der damaligen PDS im Landkreis Dahme-Spreewald. Zudem engagierte sie sich von 2000 bis 2013 als Mitglied des Kreistages Dahme-Spreewald. Zusätzliche ehrenamtliche Arbeit leistete sie von 2009 bis 2013 als Gemeindevorteilerin der Gemeinde Schönwald. Der Kampf gegen Neofaschismus und Neonazismus liegt ihr sehr am Herzen: Karin Weber ist Gründungsmitglied und Moderatorin des 2000 gegründeten Aktionsbündnisses gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe.

NACHGEFRAGT

BER-Nachtflugverbot: „Wir werden dafür kämpfen“

Interview mit **René Kretzschmar** · Sprecher für Infrastruktur- und Verkehrspolitik, Regionalplanung und Raumordnung

» In den vergangenen Tagen gab es wieder viel Aufregung um den Flughafen BER in Schönefeld. Was soll man von der Absage Mehdorns zum Testbetrieb am Pier Nord halten?

Zum wiederholten Male „beglückt“ uns Herr Mehdorn mit einer einsamen Entscheidung und zeigt mit dem Finger auf andere. Die eigene Verantwortung erkennt er offenbar nicht und bleibt in seinem gut bekannten Modus: viel reden, nicht liefern. Wir fordern solide Arbeit und nicht jede Woche eine neue Eingebung. Die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH muss endlich den Finanzplan sowie geprüfte Ergebnisse bei der Entrichtung der Anlage vorlegen. Wir erwarten vom FBB-Chef, dass er seiner Hauptaufgabe nachkommt, diesen Flughafen mit einem sehr guten Schallschutz ans Netz zu bringen.

» Wenige Tage später folgte die auf wohl ziemlich unkonventionellem Weg verbreitete Nachricht, dass die Sanierung der Startbahn Nord erst später im Jahr 2015 erfolgen soll. Auf welche Weise geschah das – und wie ist diese Mitteilung zu bewerten?

Diese Information sandte Herr Mehdorn

auf das Mobiltelefon von Flughafenkoordinator Bretschneider, der im Sonderausschuss zum Flughafen BER saß und den Text in Abwesenheit des Flughafenchefs verlas. Abgesehen von der Stilllosigkeit muss festgehalten werden, dass die Inbetriebnahme der neuen Startbahn nur möglich ist, wenn der Schallschutz für die rund 4000 Anrainer komplett ist. Das ist schon lange klar und keine Neuigkeit. Daher sind Warnungen und Schuldzuweisungen seitens der FBB völlig fehl am Platz. Die Eröffnung wird dadurch nicht ins Wanken gebracht, denn der Schallschutz ist im Planfeststellungsbeschluss festgelegt und ist ohne Wenn und Aber, wie vom Oberverwaltungsgericht bestätigt, voll umzusetzen. Diese zur Verfügung stehende Zeit muss genutzt werden, um alle Schallschutzmaßnahmen komplett zu realisieren. Das haben alle – auch das Sprintteam – gewusst.

» Wie soll es jetzt weiter gehen, denn der Flughafen kostet viel – gerade, weil er noch nicht in Betrieb ist?

Wir haben immer wieder von der Flughafengesellschaft gefordert, die Kosten endlich auf den Tisch zu legen. Nur wenn die klar sind, kann ein Eröffnungstermin

daraus abgeleitet werden. Die FBB muss alle Anstrengungen unternehmen, um für mehr Akzeptanz bei Anwohner*innen zu sorgen: Der Einbau des Schallschutzes muss nicht nur zügig, sondern gesetzeskonform erfolgen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden für die Akzeptanz der „Lackmus-Test“ sein.

» Vor einem Jahr wurde das Volksbegehren zum Nachtflugverbot vom Landtag angenommen. Wie ist der Stand?

Brandenburg verhandelt zielgerichtet mit den Gesellschaftern Berlin und dem Bund, um gemeinsam ein konsequentes Nachtflugverbot durchzusetzen. Gleichzeitig soll die Planungskommission Berlin-Brandenburg Veränderungen bei den Vorgaben zur gemeinsamen Landesplanung festlegen. In den kommenden Wochen werden wir wissen, ob wir uns beim Bund und dem Land Berlin mit dem Nachtflugverbot durchsetzen konnten – wir jedenfalls werden dafür kämpfen. Sollten sich der Bund und das Land Berlin hier uneinsichtig zeigen, muss darüber nachgedacht werden, wie dann trotzdem ein Nachtflugverbot am BER erreicht werden kann.

Partnerschaft mit den polnischen Nachbarn stärken – Zukunft gestalten



Seit 2006 arbeiten im Netzwerk „Oder-Partnerschaft“ Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und die polnischen Wojewodschaften Großpolen, Westpommern, Niederschlesien und Lubuskie gleichberechtigt zusammen. In den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Kultur, Soziales soll die nachhaltige Entwicklung der Region und ihr Zusammenwachsen befördert werden. Aufbauend auf dem deutsch-polnischen Grenzvertrag (1990) und dem Nachbarschaftsvertrag (1991) setzen sich die PDS/DIE LINKE für

Verständigung und Kooperation beider Länder ein und gestalten sie aktiv mit. Schrittweise wurde Vertrauen aufgebaut, um das historische deutsch-polnische Erbe anzunehmen und – vor allem auch in der geteilten Grenzregion – eine Vision zu verwirklichen: Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen Innovationsraum zu verwandeln – und in eine gemeinsame Heimat für Polen und Deutsche. Mit den EU-Programmen für grenzüberschreitende Kooperation (z.B. für BB-Lubuskie), den Euroregionen (Spree-Neiße-Bober, Pro-Europa-Viadrina, Pomerania) und dem Netzwerk „Oder-Partnerschaft“ haben und nutzen wir die Instrumente dafür. Solidarisch und friedlich wollen wir unser alltägliches Zusammenleben gestalten, trotz der aktuellen Finanz-/Wirtschaftskrise, die – durch EU-weit fehlende soziale Mindeststandards – zur Verstärkung von

Ungleichenentwicklungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft führt. Die Erfahrungen aus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zeigen: Es bringt nichts, neue Mauern, Machtblöcke, Abhängigkeiten zu schaffen – nur auf Basis demokratischer, politischer, sozialer Grundrechte für alle Menschen und Selbstbestimmung der Länder ist auf Dauer eine friedliche, nachhaltige Entwicklung möglich. Durch Geschichtskennntnis, Akzeptanz von kulturellen und Interessenunterschieden können Gemeinsamkeiten gefunden und Politik berechenbar, konstruktiv und gemeinwohlorientiert gestaltet werden. Der dazu beschlossene Antrag kann uns dabei weiterbringen.

Kerstin Kaiser
Sprecherin für
Europapolitik



Aktuelle Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **Antrag mit Wahlvorschlag der LINKEN** zur Bestellung von Peer Jürgens (MdL) als Mitglied des Beirates der Investitionsbank des Landes Brandenburg
Drucksache 5/8551 · gewählt
- ◀ **Antrag mit Wahlvorschlag der LINKEN** zur Ersatzwahl von Dieter Groß (MdL) als Mitglied/ Karin Weber als stellv. Mitglied des Untersuchungsausschusses 5/1
Drucksache 5/8552 · gewählt
- ◀ **Antrag** zum Thema: Brandenburg - Land des Sports (Miteinreicherin: CDU-Fraktion)
Drucksache 5/8555 · angenommen
- ◀ **Antrag mit Wahlvorschlag der LINKEN** zur Ersatzwahl von Stefan Ludwig (MdL) als Mitglied des Richterwahlausschusses
Drucksache 5/8559 · gewählt
- ◀ **Entschließungsantrag** zur Änderung d. ÖPNV-Gesetzes „Öffentlichen Nahverkehr stärken - Mobilität in Brandenburg nachhaltig sichern“
Drucksache 5/8585 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP „Verlust der dt. Staatsangehörigkeit bis zur Abschaffung des Optionszwangs vermeiden“
Drucksache 5/8586 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion „Die Partnerschaft mit unseren polnischen Nachbarn stärken und für die Zukunft gestalten“
Drucksache 5/8593 · angenommen

8. März 2014 - Internationaler Frauentag

Mädchen und Frauen: Nicht nachlassen im Kampf um wahre Gleichberechtigung in Gesellschaft und Beruf! DIE LINKE-Fraktion steht dabei an Ihrer/Eurer Seite!

Computer für Familien in Not



DIE LINKE-Fraktion hat zehn Computer an die Stiftung „Familien in Not“ übergeben. Die Geräte - aus Steuern finanziert - wollten wir nicht einfach „abschreiben“. Sie sollten sinnvoll weitergenutzt werden. Unsere Abgeordnete Helga Böhnisch (r.) hatte als Vergabeausschuss-Mitglied der

Stiftung die Idee, die Computer einkommensschwachen Familien zu schenken. Mit der Fraktionsvorsitzenden Margitta Mächtig (l.) übergab sie sie an Stiftungsgeschäftsführerin Marlies Kuhl (2.v.r.) und ihre Assistentin Simone Sillack. Jede*r kann für die Stiftung spenden, auch Geld.

Broschüre erschienen



Was bedeutet „Geschlossene Unterbringung“ für Kinder und Jugendliche? Und warum muss diese repressive Erziehungsmethode abgeschafft werden? Ein neue Broschüre der Fraktion beantwortet diese Fragen. Sie dokumentiert ein Fachgespräch, zu dem DIE LINKE im Landtag Brandenburg und in der Hamburgischen Bürgerschaft gemeinsam in Potsdam eingeladen hatte. Die Broschüre ist auf www.linksfraktion-brandenburg.de abrufbar. Gedruckte Exemplare sind in der Fraktion im Landtag am Alten Markt 1 in Potsdam erhältlich.

Torsten Krause
 Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik



KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:
 nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
 Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
 Telefon: 0331 / 9 66 15 44 · Telefax: 0331 / 9 66 15 07
sven.rosig@linksfraktion-brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Titel (Marktszene): DIE LINKE LTF BRB; Bahnhof: AlmightyQ/photocase.com; Karin Weber: Privat; Flugzeug: soulstormer/photocase.com; Konferenztisch, Computergeschenk, Broschürendeckblatt: DIE LINKE LTF BRB / Rosig (3)

LAYOUT, SATZ, GRAFIK

Döring & Waesch, Perleberg
AUFLAGE 10 000 Stück
DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus, Potsdam-Rehrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone QR-Code einscannen und direkt zur Internetpräsenz der Fraktion gelangen



www.linksfraktion-brandenburg.de